

Einladung

für die am Montag, 22.03.2010 um 15:00 Uhr stattfindende Sitzung des Stadtrates im großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung (15:00 Uhr)

1. **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Stadtratssitzung vom 01.02.10**
2. **Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen**
3. **Gegenstände aus dem Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss**
 - 3.1. Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Regionalbibliothek Weiden i. d. OPf. vom 01.01.06;
Gebühren bei Fernleihbestellungen
 - 3.2. Baulandprogramm „100 m² Zukunft“ für junge/kinderreiche Familien
Stadtratsbeschluss Nr. 15 vom 01.02.10
 - 3.3. Amt für öffentliche Ordnung
Einheitliche Online-Mitfahrerzentrale (MiFaZ) für die Metropolregion Nürnberg
 - 3.4. Genehmigung der im Haushaltsplanentwurf 2010 des Landkreises Neustadt a. d. Waldnaab enthaltenen Ansätze für die Landwirtschaftsschule Weiden i. d. OPf.
 - 3.5. Mittelbereitstellung für die Erneuerung der Messanlage Tankstelle Avgas am Flugplatz Latsch
4. **Gegenstände aus dem Bau- und Planungsausschuss**
 - 4.1. Stadtplanungsamt
Baulinienplan Nr. 60/61 26 107 für das Gebiet Scheiben-, Sebastian-, Gabelsberger- und Söllnerstraße
Aufhebung des Bebauungsplans
Aufhebungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 16.09.2009, Vorschlags-Nr. 80
Vorgang Stadtrat vom 05.10.2009, Beschluss-Nr. 139
 - 4.2. Stadtplanungsamt
Bebauungsplan Nr. 271 „Für das Gebiet zwischen der Regensburger Straße und der Bahnlinie nördlich des Steinweges und südlich des Grundstücks Flst.Nr. 5702/1“
Aufhebung des Bebauungsplans
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 16.09.2009, Vorschlags-Nr. 83
Vorgang Stadtrat vom 05.10.2009, Beschluss-Nr. 142

- 4.3. Stadtplanungsamt
23. Änderung des Flächennutzungsplans.
Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Grundstücken Flst.Nrn. 483 und 484 Gmkg. Neunkirchen.
Abwarten des Ergebnisses der Studie „Fotovoltaik“ für das Stadtgebiet.
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 29.10.2009, Vorschlags-Nr. 93
Vorgang Stadtrat vom 30.11.2009, Beschluss-Nr. 161
- 4.4. Stadtplanungsamt
Vorhabenbezogener Bebauungsplan
Bebauungsplan Nr. 61 26 307 „Fotovoltaikanlage Neunkirchen“
Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den Grundstücken Flst. Nrn. 483 und 484 Gmkg. Neunkirchen.
Abwarten des Ergebnisses der Studie „Fotovoltaik“ für das Stadtgebiet
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB.
Vorgang Bau- und Planungsausschuss vom 29.10.2009, Vorschlags-Nr. 93
Vorgang Stadtrat vom 30.11.2009, Beschluss-Nr. 161
- 4.5. Stadtplanungsamt
20. Änderung des Flächennutzungsplanes (Sondergebiet Fotovoltaik Rothenstadt)
Abwägung über die Anregungen und Bedenken aus der Offenlage nach § 3 (2) BauGB und der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung und der Vorlage zur Genehmigung
Vorgang dazu im Bau- und Planungsausschuss vom 02.12.2009 unter Vorschlags-Nr. 107
Vorgang dazu im Stadtrat vom 21.12.2009 unter Beschluss-Nr. 194
- 4.6. Stadtplanungsamt
Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 305 zur Ausweisung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Fotovoltaik bei Rothenstadt
Abwägung über die Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Beteiligung nach § 3(1) BauGB und der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB
Beschluss der Offenlage und der Beteiligung nach §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB unter Vorbehalt
Vorgang dazu im Bau- und Planungsausschuss vom 02.12.2009 unter Vorschlags-Nr. 108
Vorgang dazu im Stadtrat vom 21.12.2009 unter Beschluss-Nr. 195

5. Gegenstände aus dem Hauptverwaltungs- und Umweltausschuss

- 5.1. Amt für öffentliche Ordnung
Verschiebung der Öffnungszeiten der Verkaufsstellen im Stadtgebiet Weiden i. d. OPf. am verkaufsoffenen Kathrein-Sonntag um 1 Stunde bis 18.00 Uhr ab 2010
- 5.2. Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung

6. Gegenstände aus dem Werkausschuss

- 6.1. Entlastung der Werkleitung für die Jahre 2001 und 2007
- 6.2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS)

7. **Besetzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Fragen**
8. **Erlass einer Satzung für die Bestellung von Stadtheimatpflegern**
9. **Errichtung einer Kommunalen Technikerschule**
10. **Haushaltssatzung der Stadt Weiden i. d. OPf. für das Haushaltsjahr 2010
Stadtratsbeschluss Nr. 183 vom. 21.12.09**
11. **Antrag der Narrhalla Weiden i. d. OPf. zur Übernahme des Defizits bei Durchführung des Ostbayerischen Faschingszuges am 12.02.12 in Weiden i. d. OPf.**
12. **Mitgliedschaft im Verein „Geopark Bayern-Böhmen e. V.“**
13. **Earth Hour – Licht aus, Klimaschutz an!**
14. **Wiederaufbauprojekt für Haiti**
15. **Resolution
Beibehaltung der Gewerbesteuer in ihrer Form als kommunale Steuer**
16. **Anträge**
 - 16.1. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 20.01.10
Umsetzung der Schulcontainer der Max-Reger-Schule
 - 16.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.01.10
Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften
 - 16.3. Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.10
Umsetzung Informationsfreiheitssatzung
 - 16.4. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 05.03.10
Lärmschutzmaßnahmen an der A 93 im Bereich Weiden-Süd
 - 16.5. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 26.02.10
Zusammenarbeit mit dem Landkreis in Sachen Energiewende
 - 16.6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, Bürgerliste, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler/FDP vom 05.03.10
Sondersitzung des Stadtrates in Sachen Energiewende
17. **Eingaben**
 - 17.1. Eingabe von WISP zum Thema Wärmestuben für Nichtsesshafte und Obdachlose
 - 17.2. Eingabe von WISP zum Thema Stellenausschreibungen

**Nichtöffentliche Stadtratssitzung
im Anschluss an die öffentliche Stadtratssitzung**

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Besetzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Fragen

Sachstandsbericht:

Durch die Änderung der Satzung des Jugendamtes ergibt sich auch eine Veränderung bei der Zusammensetzung des Ausschusses für Jugendhilfe und soziale Fragen.

Auf Vorschlag der Dr. Loew Soziale Dienstleistung soll

Herr Matthias Warken (Bereichsleiter „Wohnen, Arbeit und Pflege für Menschen mit psychischer Erkrankung und Jugendliche“

als **stimmberechtigtes Mitglied** und

Frau Ramona Scheunemann (Einrichtungsleitung „Heilpädagogische Jugendwohngruppen und Ambulante Jugendbetreuung“

als **stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied**

gewählt werden.

Für die „Wahl“ genügt ein Beschluss des Stadtrates in offener Abstimmung (§ 4 Abs. 1 Jugendamtssatzung).

Stadtrat:

beratend

beschließend

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Erlass einer Satzung für die Bestellung von Stadtheimatpflegern

Sachstandsbericht:

Der Kultur- und Tourismusbeirat hat in seiner Sitzung vom 21.10.09 den empfehlenden Beschluss gefasst, die Ämter eines Stadtheimatpflegers für Architektur und eines Stadtheimatpflegers für Brauchtum wieder zu besetzen. Als Grundlage für derartige zukünftige Besetzungsentscheidungen sollte die Satzung über die Bestellung, Rechtsstellung und Aufgaben der Heimatpfleger der Stadt Weiden i. d. OPf. verabschiedet werden.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Errichtung einer kommunalen Fachschule (Technikerschule) in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Mechatronik an der Europa-Berufsschule Weiden

Sachstandsbericht:

Die Europaberufsschule Weiden plante die Einrichtung einer staatlichen Technikerschule ab 2010 mit den Fachrichtungen Elektrotechnik und Mechatronik in einem 4jährigen ausbildungsintegrierten Teilzeitunterricht. Da gegenwärtig eine staatliche Finanzierung der Schule nicht zu erreichen ist, würde eine Finanzierung seitens der Stadt benötigt. Im Rahmen der Schulbeiratssitzung vom 30.10.2009 wurde sodann beschlossen, den Finanz-, Vergabe- und Grundstücksausschuss zu bitten, der Finanzierung der Technikerschule zuzustimmen und die Mittel in den entsprechenden Haushalten bereitzustellen.

Im Finanz-, Vergabe-, Grundstücks- und Sanierungsausschuss am 09.12.2009 wurde beschlossen, dass der benötigte Betrag vorerst auf der Wunschliste verbleiben solle. Bis zum Nachtragshaushalt 2010 sei zu prüfen, ob die Mittel für die Technikerschule über die Staatsregierung finanziert werden können, da dies in deren Zuständigkeitsbereich gehöre. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, so sei die Anforderung zu den Etatberatungen für den Nachtragshaushalt 2010 erneut vorzulegen.

Daraufhin bat Herr Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 15.01.2010 den bayerischen Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle um konkrete finanzielle Unterstützung bereits am Anfang der Einrichtung der Technikerschule, da die Übernahme der Personalkosten staatlicher Schulen ureigenste Aufgabe des Staates sei. Mit Schreiben vom 16.02.2010 teilte das Bayerische Kultusministerium mit, dass das Konzept der Berufsschule Weiden auf den ersten Blick zwar attraktiv wirke, so jedoch nicht zu realisieren sei, weil eine Technikerschule in Teilzeitform alle vier Jahrgänge anbieten muss; geplant waren bisher nur das dritte und vierte Jahr, da die erste Hälfte der Ausbildung über Lehrgänge abgedeckt werden sollte. Zu Beginn des laufenden Schuljahres seien zudem durch den Freistaat Bayern sechs neue staatliche Technikerschulen errichtet worden, die nur aufgrund eines Ministerratsbeschluss aus dem Jahr 2008 finanziert werden konnten. In der Oberpfalz sei eine solche Technikerschule für Mechatroniktechnik in Amberg eingerichtet worden. Das Ministerium regte daher an, eine Kooperation mit der Fachschule in Amberg zu versuchen.

Eine Kooperation mit Amberg ist nicht möglich, da Amberg die Schule nur in Vollzeitform anbietet.

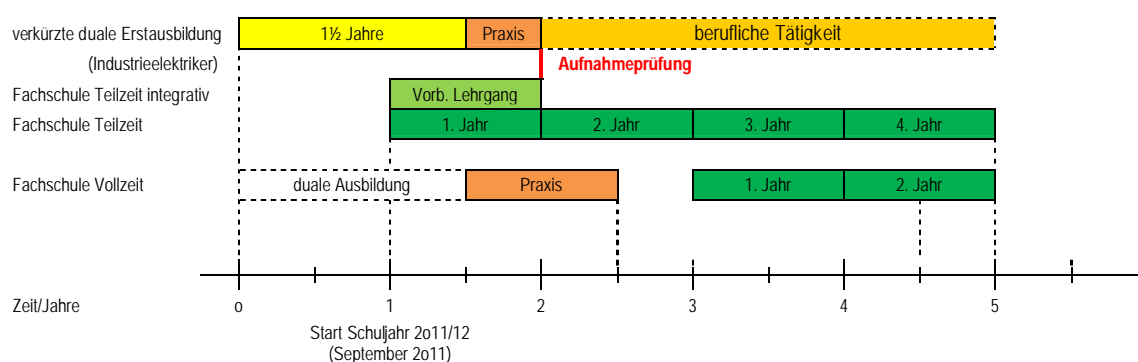
Im Schreiben des Bayer. Kultusministers vom 16.02.2010 wird schließlich ausgeführt, dass es der Stadt Weiden i. d. OPf. selbstverständlich frei stehe, über die Errichtung einer kommunalen Fachschule zu entscheiden. Für die gebildeten Klassen würde sofort der gesetzliche Lehrpersonalkostenzuschuss gewährt.

Nunmehr liegt ein neues Konzept der Europa-Berufsschule für die Einrichtung einer „rein kommunalen“ Technikerschule mit den Fachrichtungen Elektrotechnik und Mechatronik und mit 4jährigem teilweise ausbildungsintegriertem Teilzeitunterricht vor.

Das vorgesehene teilintegrative Modell sieht vor, dass sich die Teilnehmer aus zwei Gruppen zusammensetzen: zum einen den regulären Fachschülern, die von der Schulfinanzierung gefördert werden, zum anderen aus den Lehrgangsteilnehmern, die als Gasthörer die Fachschulklasse mitbesuchen. Somit befinden sich im ersten Schuljahr die vorstehenden beiden Kategorien an Schülern in einer Klasse. Um in Anbetracht dieser Tatsache rechtliche Unwägbarkeiten bei der Erhebung des Schulgeldes auszuschließen, wird im ersten Jahr kein Schulgeld erhoben. Stattdessen wird der fehlende Schulgeldanteil aus dem ersten Schuljahr in den folgenden drei Jahren zusätzlich erhoben.

Die vorstehend beschriebene Beschulungssituation wird durch die nachfolgende Grafik nochmals verdeutlicht.

Grafik 1



Die geplante Finanzierung der kommunalen Technikerschule (bei 25 Schülern) lässt sich der nachfolgenden Grafik entnehmen:

Grafik 2

	1. Jahr		2. Jahr		3. Jahr		4. Jahr		5. Jahr
	Jgst. 1	Jgst. 1	Jgst. 2	Jgst. 2	Jgst. 3	Jgst. 3	Jgst. 4	Jgst. 4	Jgst. 4
Ausgaben	23.000,00 €	23.000,00 €	24.000,00 €	24.000,00 €	33.000,00 €	33.000,00 €	33.000,00 €	33.000,00 €	33.000,00 €
Einnahmen	4.500,00 €	4.500,00 €	35.000,00 €	35.000,00 €	41.000,00 €	41.000,00 €	41.000,00 €	41.000,00 €	41.000,00 €
LPKZ	4.500,00 €	4.500,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €	21.000,00 €
Schulgeld	- €	- €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €
Ergebnis am	-18.500,00 €	-18.500,00 €	11.000,00 €	11.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €
Jahresende	-18.500,00 €	-7.500,00 €	19.000,00 €	19.000,00 €	16.000,00 €	16.000,00 €	16.000,00 €	16.000,00 €	8.000,00 €
kumuliert	-18.500,00 €		-26.000,00 €		-7.000,00 €		9.000,00 €		17.000,00 €
LPKZ-Anteil im jew. ersten Jahr	30%								

Die entstehenden Kosten wären dabei jeweils durch die Stadt Weiden i. d. OPf. vorzustrecken und würden im Laufe der Jahre durch den Lehrpersonalkostenzuschuss (LPKZ) sowie das Schulgeld refinanziert. Etwaige Überschüsse ab dem vierten Schuljahr – siehe Grafik – werden für Sachausstattungen an der Schule verwendet. Zu beachten ist bei der vorstehenden Grafik, dass sich die Kosten auf Schuljahre beziehen. Legt man diese Tabelle auf Haushaltsjahre um, ergibt sich folgende Rechnung:

Grafik 3

HH-Jahr	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben	8.000 €	31.000 €	50.000 €	60.000 €	55.000 €	22.000 €
Einnahmen	0	11.000 €	46.000 €	76.000 €	75.500 €	34.500 €
Saldo/Jahr	- 8.000 €	- 20.000 €	- 4.000 €	16.000 €	20.500 €	12.500 €
kumuliert	- 8.000 €	- 28.000 €	- 32.000 €	- 16.000 €	4.500 €	17.000 €

Da es sich um eine kommunale Schule handeln würde, hätte die Stadt Weiden i. d. OPf. die benötigten Lehrer über Verträge anzustellen. Insoweit stehen Lehrer der Europa-Berufsschule nebenamtlich zur Verfügung. Diese erhalten pro Schulstunde 27,40 €. Weitere Personalkosten für die Stadt Weiden i. d. OPf. fallen hier nicht an. Die Einrichtung der kommunalen Fachschule verursacht für die Stadt Weiden i. d. OPf. keine über den bisherigen Betrieb der Europa-Berufsschule hinausgehende Sachaufwendungen.

Die Firma Krones, Neutraubling, wird in KW 11 ein Schreiben an die Stadt Weiden i. d. OPf. richten. Darin verpflichtet sie sich, die nächsten drei bis fünf Jahre jeweils 20 Schüler an die Technikerschule zu schicken und dafür das geforderte Schulgeld zu bezahlen. Ferner ist davon auszugehen, dass auch Schüler unmittelbar aus der Region Weiden dieses schulische Angebot annehmen werden. Der dargestellte anfängliche massive Schülerinput durch die Firma Krones ist notwendig, um die Schule in der Region zu etablieren.

Sollte nach dem Ablauf von zwei Schuljahren die nach wie vor angestrebte Verstaatlichung der Schule nicht möglich sein und/oder die regionale Nachfrage nicht gegeben sein, muss auch erwogen werden, die Schule wieder „auslaufen“ zu lassen (siehe Kostenaufstellung in Grafik 2).

Um die kommunale Technikerschule noch für das Schuljahr 2010/11 auf den Weg zu bringen müsste durch die Stadt Weiden i. d. OPf. bis spätestens zum 01.04.2010 ein Antrag auf Errichtung und Betrieb einer kommunalen Fachschule bei der Regierung der Oberpfalz gestellt werden.

Stadtrat:

- () beratend (x) beschließend
(x) öffentlich () nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Haushaltssatzung der Stadt Weiden i. d. OPf. für das Haushaltsjahr 2010
Stadtratsbeschluss Nr. 183 vom 21.12.2009

Sachstandsbericht:

Die Regierung der Oberpfalz als Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 01.03.2010 Az. 12-1512-WEN-29 die erforderliche Genehmigung der Haushaltssatzung 2010 mit Nebenbestimmungen erteilt.

Unter der Nr. 1 des Regierungsschreibens wurden die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2010 der Stadt Weiden i. d. OPf. genehmigt.

Unter anderem wurde hier die Kreditaufnahme wie folgt genehmigt:

„Von dem in § 2 Abs. 1 der Haushaltssatzung festgesetzten Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen der Stadt Weiden i. d. OPf. von 5.235.113,00 € wird gemäß Art. 71 Abs. 2 i. V. m. Art. 117 Abs. 1 und Art. 110 Satz 2 GO ein Teilbetrag von 3.725.113,00 € rechtsaufsichtlich genehmigt.“

Dies beruht darauf, dass die im Haushaltsplan veranschlagte Investition für den Bau der Integrierten Leitstelle mit Kosten von 1.510.000,00 €, welche durch Kreditaufnahme rentierlich finanziert werden sollte, nicht mehr benötigt wird, da die Stadt den Zuschlag nicht erhalten hat.

Die Stadt muss dieser Nebenbestimmung beitreten.

Eine Korrektur der Ansätze sowohl für die Investition bei der HHSt. 8840.9400 als auch die Kreditaufnahme bei der HHSt. 9100.3778 erfolgt entsprechend im Nachtragshaushalt 2010.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Narrhalla Weiden i. d. OPf. zur Übernahme des Defizits bei Durchführung des Ostbayerischen Faschingszuges am 12.02.2012 in Weiden i. d. OPf.

Sachstandsbericht:

Mit Schreiben vom 24.02.2010 teilte die Narrhalla Weiden i. d. OPf. mit, dass sie beabsichtigt den Ostbayerischen Faschingszug des Landesverbandes Ostbayern im Bund Deutscher Karneval am 12.02.2012 in der Stadt Weiden i. d. OPf. durchführen möchte.

Laut dem Schreiben sei die finanzielle Ausstattung der Narrhalla Weiden i. d. OPf. nicht so üppig, um diese Veranstaltung selbst finanzieren zu können.

Nach Mitteilung der Narrhalla Weiden i. d. OPf. belaufen sich die Gesamtkosten für die Veranstaltung geschätzt auf 15.000,00 €

Um diese Veranstaltung in Weiden i. d. OPf. am 12.02.2012 durchführen zu können, benötigt die Narrhalla Weiden i. d. OPf. für den Landesverband Ostbayern bis Ende März eine Übernahmebestätigung des Defizits in Höhe von voraussichtlich 15.000,00 €

Die Narrhalla Weiden i. d. OPf. hat bei der gesamten Veranstaltung als Organisator die Federführung. Jedoch sind auch verschiedene Organisationstätigkeiten von der Stadt Weiden i. d. OPf. zu übernehmen, welche allerdings der Narrhalla Weiden i. d. OPf. in Rechnung gestellt werden.

Nach Abschluss der Veranstaltung muss die Narrhalla Weiden i. d. OPf. der Stadt Weiden i. d. OPf. eine Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben vorlegen, damit die tatsächliche Höhe eines evtl. Defizits der Veranstaltung festgestellt werden kann.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Mitgliedschaft im Verein „Geopark Bayern- Böhmen e. V. “

Sachstandsbericht:

Mit nachfolgendem Schreiben vom 09.02.2010 hat Herr Landrat Simon Wittmann um den Beitritt der Stadt Weiden zum Verein „Geopark Bayern-Böhmen e. V.“ geworben:

Seit einigen Jahren schon gibt es die Initiative der vier bayerischen Landkreise Bayreuth, Neustadt an der Waldnaab, Tirschenreuth und Wunsiedel im Fichtelgebirge gemeinsam mit den tschechischen Regionen Karlovy Vary und Plzen zum Aufbau eines grenzüberschreitenden Geoparks Bayern Böhmen. In diesem sollen die vielfältigengeologischen Aspekte der Region aufbereitet und einem breiten Publikum näher gebracht werden. Der Geopark versteht sich dabei als ein Netzwerk vieler daran interessierter Einrichtungen, Gemeinden und lokaler Akteure und als Basis für eine gemeinsame Bewerbung der geologischen Besonderheiten. Der Geopark ist im besonderen Maße dazu geeignet, für unsere Region zu werben und diese für Besucher wie für Einheimische noch attraktiver zu machen.

Aus der Initiative zu einem Geopark ist mittlerweile eine in der Region bereits gut wahrgenommene Einrichtung geworden. Dazu hat insbesondere die Ausbildung von Geoparkrangern beigetragen, deren vielfältiges Angebot an lehrreichen und unterhaltsamen Führungen in den ersten drei Jahren schon mehr als 13.000 Gäste angelockt hat. Mit dem zukünftig verstärkten Ausbau von Geopark-Infostellen, der Vernetzung und der Erweiterung des Angebots an Lehr- und Erlebnispfaden sowie an geotouristischen Zielen geht der Geopark zügig seinen nächsten Zielen entgegen. Dazu gehört im kommenden Jahr unter anderem auch die Zertifizierung als "Nationaler Geopark".

Der Geopark Bayern Böhmen hat auf seinem bayerischen Gebiet bislang die Rechtsform einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) der daran beteiligten Landkreise, vertreten jeweils durch die Landräte. Nachdem Vorbild der Organisation der Naturparke oder der anderer Geoparke in Deutschland soll unser Geopark zukünftig auf der Basis eines gemeinnützigen Vereins weiter geführt werden. Daraus ergeben sich viele Vorteile, unter anderem im Hinblick auf die Einwerbung von Fördermitteln oder die verbesserte Einbindung von Mitgliedern in die Entwicklungskonzepte und Entscheidungsprozesse im Geopark.

Im Namen der ARGE Geopark möchten wir auch die Stadt Weiden i. d. OPf. werben, als kommunales Mitglied im **Verein "Geopark Bayern-Böhmen e. V."** das Projekt des Geopark zu unterstützen. Mit deiner Mitgliedschaft trägst du dazu bei, den Geopark auf eine breite Basis zu stellen und damit zum Wohle der Region zu entwickeln. Insbesondere für Gemeinden bietet eine Mitgliedschaft viele Vorteile, darunter

- die direkte Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen innerhalb des Geoparks,
- die Unterstützung bei der Planung, Beantragung und Umsetzung Ihrer eigenen Geotop-Projekte durch die Geschäftsstelle des Geoparks,
- bevorzugte Bewerbung der Geotope im Bereich Ihrer Gemeinde (unter anderem durch fachlich fundierte Beschreibungen in Broschüren und im Internet durch die Geschäftsstelle des Geoparks),

- bevorzugtes Angebot von Führungen der Geoparkranger in Ihrem Gemeindebereich sowie
- bevorzugte Umsetzung von geförderten Projekten des Geoparks im Bereich Ihrer Gemeinde.

Die Gründungsversammlung findet am 26.04.2010 statt.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Earth Hour – Licht aus, Klimaschutz an!

Sachstandsbericht:

Am 27. März 2010 ruft die international bekannte Organisation WWF zum Zeichen für den Klimaschutz auf. Alle Bürger werden aufgefordert in der Zeit ab 20.30 Uhr für 60 Minuten alle Lichter auszuschalten und damit ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen

Auch Städte können sich dieser Aktion anschließen. Zum Zeitpunkt vom 11. März 2010 waren bereit 1.173 Städte aus 91 Länder angemeldet. In Deutschland nimmt u. a. die Landeshauptstadt Berlin und die Universitätsstadt Tübingen teil. In Bayern sind zum Zeitpunkt der Berichterstellung die Stadt München, sowie die oberbayerischen Gemeinden Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Wessling und Gilching als teilnehmende Städte registriert.

Als Beitrag der Stadt Weiden i. d. OPf. zum Klimaschutz wird derzeit bereits in der Zeit von 7. Januar bis 30. April auf die Beleuchtung der Sehenswürdigkeiten von Weiden i. d. OPf. verzichtet.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Wiederaufbauprojekt für Haiti

Sachstandsbericht:

Der Bayer. Städtetag hat mit Schreiben vom 01.03.2010 auf Initiative des Oberbürgermeisters der Stadt Landsberg am Lech abgefragt, ob Interesse besteht, dass sich die Mitglieder des Bayer. Städtetags für eine Hilfe für Haiti zusammenschließen. Ziel soll ein gemeinsames konkretes Wiederaufbauprojekt in Haiti sein. Gedacht ist an eine finanzielle Beteiligung, die Stadt Landsberg am Lech wäre bereit 10.000,00 € aus Haushaltsmitteln zur Verfügung zu stellen.

Grundsätzlich sind die bayerischen Kommunen gehalten, sich auf die Erfüllung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu beschränken (Art. 1, Art. 6, Art. 7 GO). Entwicklungshilfemaßnahmen sind grundsätzlich dem Bund als Aufgabenträger vorbehalten.

Wegen der besonderen Situation und der Empfehlung des Bayer. Städtetages beteiligt sich die Stadt Weiden i. d. OPf. ausnahmsweise an dem vorgeschlagenen Projekt. Im Nachtragshaushalt 2010 ist dann ein entsprechender Haushaltsansatz bei HHSt. 4704.9880 in Höhe von (10.000,00 € ?) einzuplanen.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 20.01.2010
Umsetzung der Schulcontainer der Max-Reger-Schule

Sachstandsbericht:

Die Sophie-Scholl-Realschule Weiden i. d. OPf. hat in einem Schreiben an die CSU-Stadtratsfraktion aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen auf ihre beengte Raumsituation hingewiesen.

Seit Einführung der R 6 im Jahre 2001 verzeichnet die Hans- und Sophie-Scholl-Realschule ein permanentes Ansteigen der Schülerzahlen:

	Sophie-Scholl-Realschule:	Hans-Scholl-Realschule
Schuljahr	Schülerzahl / Klassen	Schülerzahl / Klassen
2000/2001	479 / 15	417 / 16
2001/2002	572 / 20	547 / 18
2002/2003	684 / 24	648 / 24
2003/2004	747 / 27	684 / 25
2004/2005	769 / 27	684 / 25
2005/2006	783 / 27	663 / 23
2006/2007	795 / 29	667 / 23
2007/2008	772 / 26	641 / 23
2008/2009	777 / 27	652 / 24
2009/2010	744 / 27	640 / 24

Dies hatte zur Folge, dass insbesondere an der Sophie-Scholl-Realschule eine große Raumknappheit entstanden ist, da zum Großteile alle Räume, soweit möglich, zu Klassenzimmern umfunktioniert wurden. Die dadurch entstandene defizitäre Schulsituation wurde durch die Betroffenen nur hingenommen, in der Annahme, dass die Räume relativ rasch wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt werden können. Man hoffte auf schnell sinkende Schülerzahlen, doch weder das Auslaufen der 4-stufigen Form der Realschule (Ausscheiden von vier 10. Klassen), noch der sich bereits abzeichnende Geburtenrückgang hat sich bisher in den Schülerzahlen niedergeschlagen. Mit einem Rückgang der Schülerzahlen ist möglicherweise in den nächsten Jahren zu rechnen (eine Sicherheit gibt es dafür jedoch nicht), die Zahl der Klassen wird sich aber wahrscheinlich nicht verringern, sondern möglicherweise noch steigern.

Die Gründe dafür sind u. a.:

- die gelockerten Übertrittsbestimmungen;
- die Absenkung der Schülerzahlen pro Klasse von bis 33 auf unter 30 Schüler;
- keine Bindung mehr an sogenannte Teilungszahlen, mit denen die Zahl der Klassen pro Jahrgangsstufen berechnet werden mussten;
- zusätzlich zugewiesene Lehrerstunden für Unterrichtsdifferenzierung;
- Bildung weiterer Klassen und Erweiterung des Fächerangebots.

Insgesamt fehlt es an Fachräumen für Sprachen, Geschichte, Kunsterziehung/Technisch Zeichnen und Textiles Gestalten, sowie an Unterbringungsmöglichkeiten für Schülerbücherei, Gruppenräume zur Unterrichtsdifferenzierung und Arbeitsgemeinschaften sowie Aufenthaltsräume.

Die im Schuljahr 2009/2010 gestartete Ganztagsbetreuung konnte an der Sophie-Scholl-Realschule nur installiert werden, weil die Unterbringung in Räumen der Hans-Scholl-Realschule erfolgte. Zusätzliche Räumkapazitäten stehen aber auch in der Hans-Scholl-Realschule nicht zur Verfügung.

Eine mögliche Lösung wäre die Umsetzung der an der Max-Reger-Schule aufgestellten Schulcontainer.

Die CSU-Stadtratsfraktion beantragt deshalb, zum kommenden Schuljahr 2010/2011 die Umsetzung der Schulcontainer von der Max-Reger-Schule zur Sophie-Scholl-Realschule. Derzeit werden die Container noch vom Augustinus-Gymnasium Weiden (AGW) zu Unterrichtszwecken genutzt. Diese werden jedoch ab April/Mai 2010 vom AGW nicht mehr benötigt.

Die Kliniken Nordoberpfalz AG hatten vor der Nutzung der Container durch das AGW, Antrag auf Kauf der Schulcontainer gestellt. Nach Rücksprache mit dem technischen Leiter des Klinikums, Herrn Schmauß, werden diese die Container, bedingt durch den bevorstehenden Ankauf des Klosters St. Augustin, in absehbarer Zeit jedoch nicht benötigt.

Aufgrund der Bauart der aufgestellten Container (jeweils 3 Container bilden ein Klassenzimmer) ist es nur möglich, entweder 3 Klassenzimmer mit dem WC-Container, oder 5 Klassenzimmer mit dem WC-Container umzusetzen.

Platzmäßig ist die Umsetzung auf die im beigefügten Lageplan dargestellte Grünfläche zwischen Schulgebäude und Turnhalle möglich.

Die voraussichtlichen Kosten der Umsetzung der Schulcontainer von der Max-Reger-Schule zur Sophie-Scholl-Realschule belaufen sich wie folgt:

1. Baumeisterarbeiten (Fundamente, Entwässerungsleitungen)	40.000,- €
2. Sanitärinstallation	15.000,- €
3. Elektroinstallation	10.000,- €
4. Umsetzen der Container durch die Herstellerfirma	55.000,- €
5. Rückbau der Fundamente und Versorgungsleitungen am alten Standort	10.000,- €
Gesamt	130.000,- €

Für die Umsetzung stehen bisher keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Diese müssten im Nachtragshaushalt 2010 bereitgestellt werden.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.01.10
Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften

Sachstandsbericht:

Nach dem letzten Rundschreiben des Deutschen Städtetags vom 10.02. hat sich die Bundesregierung auf eine verfassungsrechtliche Absicherung der Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II und des Optionsmodells geeinigt. Demnach strebt die CDU/CSU nunmehr einheitlich den Fortbestand der ARGEen in ihrer jetzigen Form und ein Wahlrecht der Kommunen zur Zulassung als Optionskommune an. Allerdings soll eine einheitliche Bundesaufsicht für alle Optionskommunen gelten, die wohl Fach- und Rechtsaufsicht umfassen soll. Diese Information deckt sich auch mit den Berichten, die aus den Medien zu entnehmen waren. Auf Bundesebene wurde dazu eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Falls es jedoch zu keiner Einigung in Richtung Verfassungsänderung kommen sollte, würde wieder die getrennte Trägerschaft aktuell werden. Im Moment bleibt abzuwarten auf welche Neuregelung sich die Politik letztendlich einigen wird.

Seitens des Landrats des Kreises Neustadt a. d. Waldnaab wird überlegt, ob der Landkreis optieren sollte, falls dies möglich ist. Seitens der Stadt Weiden i. d. OPf. ist das nicht angedacht, da der Aufbau eines entsprechenden Fachwissens in so kurzer Zeit bei der Stadt Weiden i. d. OPf. nur schwer möglich scheint. Allerdings wird derzeit darüber nachgedacht, angesichts der hohen Arbeitslosenzahl in Weiden die ARGE zu trennen, damit sich eine ARGE Weiden voll auf die Weidener Probleme konzentrieren kann.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.10
Erlass einer Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Weiden i. d. OPf.

Sachstandsbericht:

Sowohl in der Stadtratssitzung vom 19.11.2007 als auch in der Sitzung vom 09.06.2008 hat die Verwaltung empfohlen, den Erlass einer Informationsfreiheitssatzung abzulehnen. Entgegen der Vorschläge wurde keine Entscheidung getroffen, sondern die Verwaltung mit der Einholung weiterer Informationen beauftragt. Insbesondere sollten die Städte München und Passau befragt werden. Im Ergebnis hat die Stadt München den Erlass einer Informationsfreiheitssatzung abgelehnt. Nach Rückfrage bei der Stadt Passau am 11.03.2010 ist auch dort die Informationsfreiheitssatzung keine Thema mehr. Die Argumente gegen eine Informationsfreiheitssatzung sind in den jeweiligen Vorlageberichten zu den o. g. Sitzungen ausführlich dargelegt (siehe Anlagen) und immer noch aktuell.

So hat eine kürzlich vom Bayerischen Städtetag durchgeführte bayernweite Umfrage ergeben, dass bislang lediglich die Kommunen Markt Prien a. Chiemsee, Gemeinde Pullach, Stadt Kitzingen, Gemeinde Glasbrunn und die Stadt Bad Aibling eine Informationsfreiheitssatzung erlassen haben bzw. vor einem Erlass stehen. Gemessen an 2.056 Gemeinden ist dies ein verschwindend geringer Anteil. Zudem findet sich keine kreisfreie Stadt unter den Kommunen, die eine derartige Satzung erlassen haben.

Dieses Umfrageergebnis zeigt deutlich, welche Rolle die Informationsfreiheitssatzung in Bayern einnimmt. Dieser Ansicht ist auch der Vorstand des Bayerischen Städtetags, der in seiner letzten Sitzung am 09.02.2010 wiederum keine Empfehlung auf Erlass einer Satzung zur Informationsfreiheit ausgesprochen hat.

Darüber hinaus sei wiederholt darauf verwiesen, dass der Anwendungsbereich einer solchen Satzung durch die Einschränkung auf den eigenen Wirkungskreis sehr gering ist. Dieser wird zudem nochmals um die Informationen beschränkt, die der Geheimhaltung bedürfen oder dem Datenschutz unterliegen. Das Recht auf einen darüber hinausgehenden Zugang zu amtlichen Informationen könnte eine entsprechende landesgesetzliche Regelung ermöglichen. Jedoch wurden die bisherigen Entwürfe eines Bayerischen Informationsfreiheitsgesetzes (BayIFG) vom Landtag abgelehnt. Am 10.03.2010 wurde von der Fraktion der Freien Wähler erneut ein Gesetzesentwurf im Landtag eingebracht. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Aufgrund der oben genannten Gründe und der bisherigen Ausführungen in den Vorlageberichten zu den Stadtratssitzungen vom 19.11.2007 und 09.06.2008 wird weiterhin vom Erlass einer Informationsfreiheitssatzung für die Stadt Weiden i. d. OPf. abgeraten. Zumindest sollte die Entscheidung des Bayerischen Landtages zum BayIFG abgewartet werden.

Stadtrat:

beratend

beschließend

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 05.03.10
Lärmschutzmaßnahmen an der A 93 im Bereich Weiden-Süd

Sachstandsbericht:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Entwurfsplanung der o.a. Lärmsanierungsmaßnahme wurde durch die Autobahndirektion in der Bau- und Planungsausschusssitzung am 28.2.2008 ausführlich vorgestellt und erläutert.

In der Zwischenzeit wurde das Planfeststellungsverfahren nach § 17a Bundesfernstraßengesetz bei der Regierung der OPf. beantragt.

Die Unterlagen lagen im Zeitraum vom 9.9.2009 bis zum 8.10.2009 im Neuen Rathaus öffentlich aus, der Erörterungstermin fand am 8.3.2010 im Neuen Rathaus statt. Hinsichtlich der Grundstücksfragen mehrere Landwirte fanden Abstimmungsgespräche mit der Liegenschaftsabteilung und der Tiefbauabteilung statt sowie auch am Erörterungstermin.

Der Planfeststellungsbeschluss und damit Baureife liegt noch nicht vor, wird jedoch im Frühjahr 2010 erwartet.

Es ist beabsichtigt, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung mit den Baumaßnahmen 2011 zu beginnen (Wand-/Wallkonstruktionen) und im Jahr 2012 mit dem Wechsel der Fahrbahndecken (Splittmastix und Flüsterasphalt) abzuschließen. Die Gesamtinvestitionen betragen 9 Mio. €.

Ein Auswechseln der Betonfahrbahn im Süden von Rothenstadt (in Höhe des Dorfkerns ab der Brücke der Gemeindeverbindungsstraße Pirk/Rothenstadt bis nach Luhe/Wildenau) wird voraussichtlich nicht kommen, da

- die zulässigen Lärmwerte nicht überschritten werden,
- die 23 Jahre alte Betonfahrbahn sich in einem guten Zustand befindet und
- die Kosten eines Fahrbahnwechsels mit 5 Millionen € in keinem Verhältnis stehen zu den wenigen Häusern mit Anspruch auf passiven Schallschutz (Lärmschutzfenster)

Stadtrat:

() beratend (x) beschließend

(x) öffentlich () nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 26.2.10
Zusammenarbeit mit dem Landkreis in Sachen Energiewende

Sachstandsbericht:

Stellungnahme des Umweltamtes:

Mit Schreiben des Oberbürgermeisters vom 8.9.2009 haben wir bei den Landräten der Landkreise Neustadt, Tirschenreuth, Schwandorf, Amberg-Sulzbach, sowie bei Oberbürgermeister der Stadt Amberg angefragt, ob Interesse an einer regionalen Energieagentur besteht, weil wir uns davon sehr gute Impulse für den Ausbau der regenerativen Energie und der heimischen Wirtschaft erwarten.

Herr Landrat Wittmann hat mit Schreiben vom 13.10.10 eine Beteiligung abgesagt, aber eine ideelle Unterstützung angeboten. Gründe für die Absage waren u.a., dass der Landkreis eine eigene Energieberatung hat und nicht auf diese verzichten will, eine Energieagentur würde zusätzliche Kosten verursachen, die er den Gemeinden als Umlagezahlern nicht zumuten kann. Außerdem hat der Landkreis bereits Formen der Energieagentur und ein Gründerzentrum, das gezielt für innovative Firmengründungen errichtet wurde. Weil aber im Energiekonzept der Stadt auch Windenergie ein wesentlicher Faktor ist wäre eine Beteiligung des Landkreises ein Affront gegen die Gemeinden des Landkreises, die sich gegen die Windenergie ausgesprochen haben.

Herr Oberbürgermeister Dandorfer teilte mit Schreiben vom 16.11.09 mit, dass die Stadt Amberg derzeit eine größere Anzahl von kompetenten Institutionen im Umfeld hat, die sich alle mit diesem Thema beschäftigen. Er möchte die Thematik zusammen mit Herrn Landrat Reisinger von unten nach oben aufbauen. Falls dieses in einer regionalen Agentur mündet, kommt er wieder auf uns zu.

Herr Landrat Reisinger teilte mit Schreiben vom 25.11.09 dass er die Planungen der Stadt Weiden begrüßt. Er würde sich freuen, wenn ein Gespräch über mögliche Kooperationen zu einer regionalen Energieagentur führen könnte. Dazu hat er die relevanten Akteure im Raum Amberg Sulzbach beauftragt in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Beratungsgrundlagen zu erarbeiten. In der Folge wurden Gespräche mit der „Zukunftsagentur Plus GmbH“ geführt. Derzeit wird ausgelotet, welche Kooperationsmöglichkeiten zum Thema „industrielle Energieeffizienz“ bestehen.

Nachdem bis 25.11.09 keine positive Antwort auf unsere Anfrage eingegangen war, hat das Umweltamt Kontakt mit dem energietechnologischen Zentrum in Nürnberg aufgenommen. Darüber wurde auch in der Sitzung des Ausschusses für Energiewende am 21.1.10 berichtet, in der dann beschlossen wurde, dass Angebot einer Konzeptionierung zum Aufbau eines energietechnologischen Zentrums in Weiden anzunehmen.

In einem Gespräch am 15.01.10 in Tirschenreuth zusammen mit Herrn Landrat Lippert, den Verantwortlichen von KEWOG und ZREU (Kommunale Entwicklungs- und Wohnungsbaue-

sellschaft mbH), sowie Herrn Oberbürgermeister, Herrn berufsmäßigen Stadtrat Hubmann und Herrn Seibert vom Umweltamt wurden Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ausgelotet mit dem Ergebnis, dass weitere Gespräche auf Fachbereichsebene geführt werden.

Stellungnahme der Stadtwerke:

Sie sehen eine kommunale Zusammenarbeit positiv. Dies wäre allerdings eine kommunalpolitische Entscheidung.

Stadtrat:

beratend

beschließend

öffentlich

nichtöffentlich

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, der Stadtratsfraktionen der Bürgerliste Weiden, des Bündnis 90/Die Grünen, der Freien Wähler und der FDP;
Sondersitzung des Stadtrates in Sachen Energiewende

Sachstandsbericht:

Hinsichtlich der Umsetzung der Energiewende, insbesondere in Form der Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans für Windenergie, gibt es zugegebenermaßen hohen Gesprächsbedarf der umliegenden Gemeinden mit der Stadt Weiden i. d. OPf.. Dies resultiert unter anderem aus den verschiedenen Interessen der einzelnen Gebietskörperschaften.

Bezüglich des Verfahrens zur Aufstellung eines Teilflächennutzungsplans für Windenergie wurden durch das Stadtplanungsamt im Rahmen der im Bauleitplanverfahren vorgeschriebenen Vorabstimmung bereits die jeweiligen Gemeinden angeschrieben und angehört. Nach Auskunft des Stadtplanungsamtes stellte dies nur den ersten Schritt der Beteiligung der benachbarten Gemeinden dar. Weitere Beteiligungen der fachlichen Stellen werden folgen.

Im Jahr 2009 gab es weiterhin Kontakte zwischen der Stadt Weiden i. d. OPf. und dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab in der Form, dass Herr Bürgermeister Höher zusammen mit Herrn Landrat Wittmann bei einer Podiumsdiskussion der Fa. Iliotec teilnahmen. Zudem nahm Herr Oberbürgermeister Seggewiß an einer Podiumsdiskussion des Energieforums Oberpfalz in Neustadt a. d. Waldnaab teil, bei der auch Herr Landrat Wittmann anwesend war.

Um übrigen ist zu überlegen, ob die Diskussion in dieser Form tatsächlich im vorgeschlagenen Gremium geführt werden sollte. Eine gemeinsame Planung und Zusammenarbeit beim Thema Energiewende ist sicherlich notwendig. Insoweit könnte ein kleineres Gremium, dem Vertreter der Stadt Weiden, der Landkreise und Gemeinden sowie Sachverständige angehören, eine gangbare Lösung sein. Die Verwaltung schlägt daher vor, ein Klimabündnis mit den Landkreisen Neustadt a. d. Waldnaab und Tirschenreuth zu schließen um den Weg für zukünftige Themen und Projekte in Sachen Klima/Energie zu bereiten und deren Abstimmung und Umsetzung transparent zu gestalten. Die Verwaltung sollte insoweit beauftragt werden, ein Konzept für ein entsprechendes Klimabündnis mit den Landkreisen Neustadt a. d. Waldnaab und Tirschenreuth bzw. den Gemeinden zu erarbeiten.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP zum Thema Wärmestuben für Nichtsesshafte und Obdachlose

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP zum Thema Wärmestuben für Nichtsesshafte und Obdachlose wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 21.01.10 beantwortet. Die Eingabe sowie das Schreiben liegen als Anlage bei.

Stadtrat:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> beschließend |
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich | <input type="checkbox"/> nichtöffentlich |

Vorlagebericht an die Mitglieder des Stadtrates

Tagesordnungspunkt:

Eingabe von WISP zum Thema Stellenausschreibungen

Sachstandsbericht:

Die Eingabe von WISP zum Thema Stellenausschreibungen wurde durch Herrn Oberbürgermeister Seggewiß mit Schreiben vom 25.01.10 beantwortet. Die Eingabe sowie das Schreiben liegen als Anlage bei.

Stadtrat:

beratend beschließend

öffentlich nichtöffentlich